

Aussprache

Ausdruck der Anpassung und der Krise

(Zu dem Beitrag von Wolfgang Streeck, Mitbestimmung, Heft 3/1999, S. 158-166)

Wir sind über den belehrenden Gestus der Streeckschen Antwort auch deshalb erstaunt, weil diese zunächst einmal völlig an unserer Kritik vorbeigeht. Streeck kritisiert wesentlich die eigenen Vorurteile, die er sich von unserer Argumentation gemacht hat. Mit „sozialistischen Nostalgikern“ wird man natürlich leichter fertig als mit Kritikern, die nachweisen, dass die Beschreibung der Wirklichkeit, auf die sich der vorgebliche „Pragmatismus“ von Streeck und der Bertelsmann-Böckler-Kommission bezieht, nicht nur höchst selektiv und damit „unrealistisch“, sondern zugleich in hohem Maße subaltern und ideologisch ist¹.

Wir behaupten weder, dass Marktwirtschaft und Mitbestimmung grundsätzlich unvereinbar sind und wir haben keineswegs die Mitbestimmung als antikapitalistisches Projekt beschrieben. Im Gegenteil: Der Rekurs auf die Geschichte der Mitbestimmung zeigt, dass es sich bei der überbetrieblichen wie der betrieblichen Mitbestimmung um Formen eines „Klassenkompromisses“ handelt, dessen Inhalte und Formen sich selbstverständlich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges gewandelt haben. Wir haben uns bei unserer Kritik auf den nicht ausgewiesenen Wandel des gewerkschaftlichen Selbstver-

ständnisses konzentriert. Von einem Konzept gesellschaftlicher Demokratisierung durch Gegenmacht, die übrigens keineswegs nur durch Institutionen überbetrieblicher Mitbestimmung ausgeübt wird, wird Mitbestimmung zu einem Instrument einzelwirtschaftlicher Konsens- und Vertrauensbildung im Unternehmen mit dem Ziel der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit umgedeutet.

Wir interpretieren diese Position als Ausdruck der Anpassung und der Krise der DGB-Gewerkschaften, als Verlust von Autonomie und als Unterordnung unter die Hegemonie des Kapitals, des Neoliberalismus wie der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Das kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass der Bericht die „zahlreichen lokalen Bündnisse für Arbeit“ durchweg positiv bewertet. Eine Kritik der außerordentlich negativen Erfahrungen vieler Betriebsräte mit der Politik der Unternehmensleitungen, die sich als „Bündnis für Arbeit“ drapiert, unterbleibt. Das haben wir kritisiert! Streeck versucht stattdessen, uns das Ideal eines „zentralistischen Einheitsmodells“ anzuhängen und weiß sich selbst im „Einklang mit modernen Theorien gesellschaftlicher Steuerung und Selbstorganisation“. Dazu haben wir an anderer Stelle be-

¹ Die Gewerkschaftlichen Monatshefte erscheinen seit Januar 1999 in einem Unternehmen des Bertelsmann-Konzerns. Das Interview des Chefredakteurs mit dem „Unternehmer des Jahrhunderts“, Reinhard Mohn, zeigt übrigens sehr deutlich, was dieser unter „Selbstorganisation der Gesellschaft“ und den „Unzulänglichkeiten der Politik“ versteht. Die Erfahrungen von Betriebsräten im Konzern oder auch dessen Versuche, Tarifverträge auszuhebeln, werden in diesem Gespräch selbstverständlich nicht thematisiert.

merkt, dass sich darin heute der einst eher anarchistisch inspirierte Anti-Etatismus von vielen ehemals Linksradiكالen mit dem Liberalismus verbindet. Es wäre gewiss auch interessant, sich über den ideologischen Gehalt der von Streeck reklamierten „modernen Theorien“ auseinanderzusetzen. Immerhin sind die Moderatoren des Hombachschen „Bündnisses für Arbeit“ bei ihrer staatlich verordneten Konsenssuche weit „etatistischer“ orientiert als z.B. Betriebsräte und Vertrauensleute, die - „von unten“ - für eine konsequente tarifpolitische und betriebliche Interessenvertretung kämpfen und dabei in den letzten Jahren auch immer wieder z.T. Niederlagen einstecken mussten. Die Antworten, die die Bertelsmann-Böckler-Kommission auf diese Problematik gegeben hat, halten wir für höchst unrealistisch und politisch für falsch! Daher halten wir sie auch für völlig ungeeignet, Wege aus solchen Niederlagen der Vergangenheit aufzuzeigen.

Hinter dieser Sicht steht keine „sozialistische Nostalgie“, sondern die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse². Der starke Einfluss des internationalen Finanzsektors bewirkt eine verstärkte Renditeorientierung („shareholder value“). Diese Orientierung an der kurzfristigen Profitmaximierung führt nicht nur zur Vernachlässigung der langfristig orientierten Investitionsplanung und Kapitalanlage, sondern zu einem verstärkten Druck auf die Arbeitskosten. Diese Gleichzeitigkeit von Renditemaximierung und Arbeitskostenverfall beschleunigt einmal den Fall der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote und damit das Ungleichgewicht von Produktion und konsum-wirksamer Nachfrage, zum Zweiten werden dadurch in Verbindung mit einer restriktiven auf Geldwertstabilität fixierten staatlichen Fiskalpolitik und einer gleichgerichteten Geldpolitik der Zentralbanken (Bundesbank und EZB) deflationäre Tendenzen verschärft.

Wir halten die Instrumentalisierung der Mitbestimmung zum Zweck eines weiteren Arbeitskostenwettbewerbs für ausgesprochen

fatal. Die vorliegenden empirischen Untersuchungen über Arbeitskosten und Steuerlast zeigen, dass Westdeutschland im internationalen Vergleich in den letzten Jahren eine von der Kostenseite her gesehen überlegene Wettbewerbsposition durchsetzen konnte. So gesehen ist Zanussi auf dem deutschen Markt seit längerem nicht mehr konkurrenzfähig. Arbeitskosten und Lohnstückkosten sind verschiedene Begriffe, aber Aussagen über einen Vergleich von Arbeitskosten sind nur sinnvoll, wenn die Arbeitskosten als Lohnstückkosten, und zwar einmal als nationale, zum Zweiten als wechselkursbereinigte Lohnstückkosten gefasst werden. Dabei zeigt sich, dass die westdeutsche Gesamtwirtschaft in den achtziger und neunziger Jahren kein lohnkostenbedingtes Arbeitskostenproblem, zeitweise aber ein wechselkursbedingtes (= Aufwertung der DM) Arbeitskostenproblem hatte. Diese Änderung der Wechselkurse ist aber die Folge davon, dass die wichtigsten Handelsländer mit Abwertungen ihrer Währung auf die überlegene Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft reagiert haben.

Die Argumentation der Kommission (und auch von Streeck) ignoriert solche fundamentalen, makroökonomischen Zusammenhänge - oder sie weiß nicht um sie. Gleichzeitig gibt sie jedoch Empfehlungen zur Lohnpolitik. Diese wiederum gehen von dem - nicht näher begründeten - populären Vorurteil von der „Hochlohnökonomie Deutschland“ aus. Seine Kritik verballhornt Streeck zu der Konstruktion einer Deppe-Wendl-Theorie der „lohnpolitischen Beschäftigungsexpansion in einem Land“, während wir gegen Nominallohnsenkungen („Stabilität der Nominallöhne“) und für eine europäische Koordinierung der nationalen Tarifpolitiken argumentiert haben. Es könnte uns unterstellt werden, dass wir für die Erhöhung der Nominallöhne im Rahmen des Verteilungsspielraums der produktivitätsorientierten Tarifpolitik plädieren. Im Verhältnis zur Lohnpolitik nach 1992 bedeutet dies in der Tat eine stärkere Erhöhung der Nominallöhne. Mit der

2 Streeck distanziert sich emphatisch von unserer Bemerkung über die „reaktionären Utopien“ eines H. O. Henkel, der die Verhältnisse in den USA als Vorbild preist. Er bezeichnet die USA als ein Land mit „Vollbeschäftigung“. Wir sind gerne bereit, dem Kollegen Streeck eine Literaturliste zuzuschicken, damit

er sich über Arbeitsmärkte und Beschäftigung, Lohnspreizung, Definition von Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, aber auch über Kriminalität und die Anzahl der Gefängnisinsassen in den USA informieren kann. Auch im Faschismus gab es „Vollbeschäftigung“!

EU-weiten Koordinierung der Tarifpolitik soll einem Arbeitskostensenkungswettlauf innerhalb einer Währungsunion, der das Risiko einer deflationären Entwicklung mit sich bringt, entgegengewirkt werden. Deshalb sind wir dagegen, die Mitbestimmung auf die betriebliche Tarifpolitik auszudehnen.

Mit dem Festhalten an einem „zentral gesteuerten Einheitsmodell der Mitbestimmung“, wie Streeck behauptet, hat das überhaupt nichts zu tun. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Gewerkschaften ihre Zuständigkeit für die Tarifpolitik behalten und dabei stärker als in den letzten Jahren makroökonomische Gesichtspunkte beachten. Anders als Streeck sind wir der Auffassung, dass die tarifpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften in Deutschland die hohe Arbeitslosigkeit nicht verringert, sondern eher vergrößert hat. Die Chancen auf einen europäischen, durch die Effekte der Währungsunion stimulierten Beschäftigungspakt werden durch einen nationalen Arbeitskostenwettbewerb, wie ihn Streeck befürwor-

tet, zunichte gemacht. In dieser Sicht von Wettbewerb hat Streeck nicht nur „interessante Schnittstellen“, sondern eine gemeinsame Basis mit Henkel. Dieser will die Standortkonkurrenz als Alleinveranstaltung der Unternehmen ausfechten. Streeck dagegen meint, dabei könnten auch Betriebsräte und Gewerkschaften hilfreich sein. Anders ausgedrückt: Im „bench marking“-Verfahren ist Mitbestimmung für Henkel ein Nachteil, für Streeck und die Kommission ein Vorteil. In der Sicht des Diktats der Märkte und der notwendigen Anpassung des Sozialstaats zum Wettbewerbsstaat³ bestehen zwischen Henkel und Streeck keine grundlegenden Differenzen. In einer so unter- und nachgeordneten Funktion, die zudem die Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung nur verstärken würde, wollen wir Betriebsräte und Gewerkschaften nicht sehen.

*Frank Deppe/Michael Wendl,
Marburg/München*

3 Wolfgang Streeck, Internationale Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft, in: Ulrich Beck (Hrsg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt/M. 1998, S. 179 ff.

Soziales Verhalten braucht ökonomische Sicherheit

(Zu den Beiträgen von Hans-Jürgen Arlt und Annette Mühlberg, Heft 4/99, S. 193-209)

Eines muss man Hans-Jürgen Arlt lassen: formulieren kann er wirklich. So ist man bei der Lektüre seines Aufsatzes immer hin- und hergerissen zwischen Amusement und Ärger. Bei Anette Mühlberg hat man den Eindruck, sie lebt in einem Elfenbeinturm.

Beide Aufsätze beschreiben eine Wirklichkeit, wie sie das Kapital gerne sehen würde, wenn gesichert wäre, dass alle die beschriebenen Alternativen von Arbeit, wie kümmern, pflegen, erziehen, bilden, betreuen usw. nicht von besagtem Kapital bezahlt werden müssten.

In den Aufsätzen wird so getan als gebe es eine massenhafte Sehnsucht der Menschen nach einer traumhaften sozialen Gesellschaft,

wo sich alle liebhaben - wenn auch ökonomisch völlig ungesichert.

Die Voraussetzungen für ein soziales Verhalten der Menschen und ihre Möglichkeiten, sich das dazu notwendige Wissen anzueignen, haben sich jedoch mit der zunehmenden Heftigkeit des Kapitalismus verschlechtert. Mittlerweile hat man sogar den Eindruck, als hätte sich das kapitalistische Prinzip: „Ich gewinne, du stirbst oder du gewinnst, ich sterbe,“ fast schon innerhalb der "Arbeiterklasse" (wenn ich so sagen darf) durchgesetzt.

Da stellt sich natürlich die Frage: "Warum? Eigentlich haben alle, die sich mit der Frage des mangelnden sozialen Verhaltens auseinandergesetzt haben, eine übereinstimmende Ant-

wort gefunden: Soziales Verhalten hat etwas mit ökonomischer Sicherheit zu tun.

Aber eine noch viel wichtigere Tatsache widerspricht den Ansichten der Autoren Arlt und Mühlberg: 27.207.804 Menschen stehen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. 4.300.000 sind arbeitslos und noch einmal ca. 3.000.000 suchen Arbeit. Insgesamt also 34,5 Millionen Menschen, die mehr oder weniger gerne eine gesicherte Arbeit haben oder hätten. Natürlich sind viele nicht so privilegiert wie die beiden Autoren und ich, haben wir doch ein relativ gutes Einkommen, sind sozial gut abgesichert und haben auch noch Spaß an unserer Arbeit.

Wenn man von den 80 Millionen Einwohnern in Deutschland Kinder und Rentner abzieht, will eine ganz große Mehrheit der Menschen arbeiten - ach was, muss arbeiten, um einigermaßen anständig leben zu können.

Mit den Vorstellungen der beiden Autoren, wie Arbeit in Zukunft aussehen kann, bin ich vollkommen einverstanden. Aber sowohl Arlt als auch Mühlberg machen einen großen Bogen um die - meiner Meinung nach wichtigste - Frage nach der ökonomischen Grundlage ihrer beschriebenen Modelle. Wurscht, ob ich einen dritten, vierten oder achtzehnten Weg wähle für eine entwicklungsfähige Ökonomie, an der Frage der Verteilung - in unserem Falle: Umverteilung - komme ich nicht vorbei. Da weiß ich natürlich nicht, ob Mühlberg und Arlt auf die Vernunft der Kapitalisten setzen. Ich jedenfalls bin der festen Überzeugung, dass das nur mit heftigen Auseinandersetzungen, ja mit Kampf geht. Bei dem, hoffentlich, Arlt und Mühlberg an meiner Seite stehen, auch wenn es nicht so modern klingt.

*Reinhard Autolny,
Coburg*